



## WID - Kompakt Nr. 17/72

1. **Frauen im Strafvollzug**
  2. **Schulisches Förderkonzept für Kinder mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz**
  3. **Schwimmbäder in Rheinland-Pfalz**
  4. **Unbegleitete minderjährige Ausländer in Rheinland-Pfalz**
  5. **Mehr Angriffe auf Bahnmitarbeiter in Rheinland-Pfalz**
  6. **Ausbildungsregelungen für Ärztinnen und Ärzte aus Nicht-EU-Staaten in Rheinland-Pfalz**
  7. **Ersatzbeschaffung für die Feuerwehrmehrzweckfähre „RPL 7“ mit Standort in Remagen-Kripp**
  8. **Aktivitäten der Rockergruppe Osmanen Germania in Rheinland-Pfalz**
  9. **Europäische Kommission legt Gesetzesvorschlag für Ende der Zeitumstellung vor**
- 

### 1. **Frauen im Strafvollzug**

Die Landesregierung äußert sich in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der CDU zum Thema Frauen im Strafvollzug ([Drs. 17/7227](#)).

Zum Stichtag 31. März 2018 hätten sich **234 weibliche Gefangene im Justizvollzug** befunden, die sich auf die Justizvollzugseinrichtungen in Koblenz, Rohrbach und Zweibrücken verteilten. Die Staatsangehörigkeit der inhaftierten Frauen sei überwiegend deutsch (76,28 Prozent bezogen auf die letzten zwei Jahre). Beim **Vergleich zwischen männlichen und weiblichen Gefangenen**, die eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßten, liege der **Anteil der Frauen** in den letzten fünf Jahren bei 12 bis 15 Prozent.

Ungefähr zwei Drittel aller weiblichen Gefangenen verbüßten eine **Haftstrafe unter 2 Jahren**. Daraus ergebe sich hinsichtlich der Teilnahme an Bildungs- und Weiterbildungsangeboten die Schwierigkeit der **abschlussbezogenen Qualifizierung**, die eine längere Haftzeit voraussetze. Am Bildungszentrum der JVA Zweibrücken besuchten in den letzten fünf Jahren 95 Teilnehmerinnen eine schulische Bildungsmaßnahme, 240 eine berufliche Bildungsmaßnahme sowie 172 einen sonstigen Elementarkurs. Während dieses Zeitraums hätten zehn Frauen einen **Facharbeiterbrief in einem staatlich anerkannten Beruf** erworben.

Ein weiterer Aspekt beim Thema „Frauen im Strafvollzug“ sei die Situation von **inhaftierten Müttern und Schwangeren**. Im Zeitraum 2016 bis 2018 seien bei 704 Gefangenen insgesamt **1 479 Kinder unter 18 Jahren** erfasst gewesen. Das Justizministerium berichtet über die Betreuungsmöglichkeit der Kinder und die Regelungen von Besuchszeiten, wobei der Kontakt von weiblichen Gefangenen zu ihren minderjährigen Kindern besonders gefördert würde. Die länderoffene Arbeitsgruppe „Kinder von Inhaftierten“, an der auch eine Vertreterin des Justizministeriums Rheinland-Pfalz teilnehme, beschäftige sich in diesem Zusammenhang mit den Anforderungen an den Justizvollzug **unter Berücksichtigung der UN-Kinderrechtskonvention** und den **Handlungsempfehlungen des Europarates**.

## 2. Schulisches Förderkonzept für Kinder mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz

Zum schulischen Förderkonzept für Kinder mit Migrationshintergrund (FMI) stellt die Fraktion der CDU eine Große Anfrage (Drs. 17/7164), bei der besonders die **Primar- und die Sekundarstufe I** im Fokus stehen.

Für die Schuljahre 2017/18 und 2018/19 erkundigt sich die Fraktion nach der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die laut FMI-Statistikbogen an rheinland-pfälzischen Schulen gemeldet sind (gesamt bzw. mit Migrationshintergrund) und möchte deren **Sprachförderbedarf in Deutsch** wissen.

Im Rahmen der Sprachfördermaßnahmen fragt sie außerdem nach dem Bedarf an **Lehrerwochenstunden** und der Aufteilung der tatsächlich dafür bereitgestellten Stunden.

Ein weiteres Thema ist die Berücksichtigung von **sprachförderbedürftigen Kindern** aus sozial schwachen Familien ohne Migrationshintergrund innerhalb der FMI-Förderung und die **entsprechenden Fördermaßnahmen**.

## 3. Schwimmbäder in Rheinland-Pfalz

In ihrer Großen Anfrage zu Schwimmbädern in Rheinland-Pfalz (Drs. 17/7228) betont die CDU-Fraktion, dass nur mit einer **ausgeprägten Infrastruktur** der Zugang zum Schwimmunterricht für alle gewährleistet werde.

Sie erkundigt sich bei der Landesregierung nach der **Versorgung mit Schwimmbädern**, nach der **Sanierung oder Schließung von Schwimmbädern** sowie nach **geplanten Neueröffnungen**.

Zum Thema Schwimmunterricht möchte die CDU-Fraktion Einzelheiten zur **Entfernung bzw. Fahrzeit vom Schulort zum Schwimmbad** erfahren. Auch interessiert sie die Zahl der Schulen mit Schwimmunterrichtangebot und die Entwicklung des Lehrpersonals in diesem Fach. Weiter erfragt sie konkrete Zahlen im Bereich der Kinder bis zwölf Jahren, die in den vergangenen fünf Jahren an einem **Schwimmkurs** oder einem **Wassergewöhnungskurs** teilgenommen haben.

## 4. Unbegleitete minderjährige Ausländer in Rheinland-Pfalz

Die AfD-Fraktion stellt in ihrer Großen Anfrage (Drs. 17/7235) die unbegleiteten minderjährigen Ausländer in den Mittelpunkt. Dazu möchte sie beispielsweise von der Landesregierung wissen, wie sich die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Ausländer sowie die Inobhutnahme durch die Jugendämter seit 2014 entwickelt hat bzw. bei wie vielen unbegleiteten minderjährigen Ausländern eine Familienzusammenführung erfolgte.

Neben den **Unterbringungsformen** (wie z.B. Pflegefamilien oder betreute Wohngruppen) interessieren die AfD-Fraktion auch die damit verbundenen **Kosten und Leistungen**.

Sie fragt für den Fall des **Erreichens der Volljährigkeit** nach dem weiteren Status der unbegleiteten minderjährigen Ausländer bzw. den entsprechenden Erziehungshilfen sowie den Kosten. Auch zur **Altersfeststellung** von unbegleiteten minderjährigen Ausländern werden Fragen aufgeworfen, z.B. die Zahl von **versuchtem Altersbetrug bzw. Alterskorrekturen** und entsprechende Konsequenzen.

Die AfD-Fraktion erkundigt sich darüber hinaus über die **Straffälligkeit von jungen Zuwanderern**, insbesondere ihre Herkunftsländer und Deliktbereiche.

## 5. Mehr Angriffe auf Bahnmitarbeiter in Rheinland-Pfalz

Laut Pressemitteilungen sprechen die Deutsche Bahn und die Eisenbahngewerkschaft EVG einhellig von einer **deutlich steigenden Zahl von An- und Übergriffen** auf Bahnmitarbeiter – auch in Rheinland-Pfalz. Die Landesregierung beantwortet eine Kleine Anfrage zu dieser Entwicklung (Drs. 17/7195). Sie sehe die Übergriffe gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bahn mit großer Sorge.

Detaillierte Informationen zu den Tatörtlichkeiten würden nicht erfasst. Allerdings flößen die Vorfälle nach Abschluss der Ermittlungen unter dem jeweiligen Bundesland in die **Polizeiliche Kriminalstatistik** ein.

Die Sachbearbeitung von Straftaten in Bahnhöfen, Zügen und Gleisanlagen der Deutschen Bahn obliege grundsätzlich der **Bundespolizei**. Seit Mitte 2017 habe es mehrere Kontakte zu den verantwortlichen Stellen im Bereich Sicherheit auf Landes- und Bundesebene gegeben. Trotz alledem sei die Einrichtung einer **gemeinsamen Sicherheitswache** von Ordnungsamt, Polizei und Bundespolizei an Bahnhöfen **nicht vorgesehen**.

## 6. Ausbildungsregelungen für Ärztinnen und Ärzte aus Nicht-EU-Staaten in Rheinland-Pfalz

Mediziner mit Ausbildung in einem sogenannten Drittstaat müssen die **Gleichwertigkeit ihrer Ausbildung** nachweisen, erläutert die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drs. 17/7165). Dies erfolge im Wege der **Kenntnisprüfung**. Zuständig sei das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, das auch die Berufserlaubnisse zur Vorbereitung auf die Kenntnisprüfung ausspreche. Nach dem Bestehen der Kenntnisprüfung sei das Landesamt auch zuständig für die **Erteilung der Approbationen**.

Im Jahr 2018 hätten 180 ausländische Ärztinnen und Ärzte an der Kenntnisprüfung teilgenommen. **70 Prozent** von ihnen hätten die **Prüfung bestanden**.

Rheinland-Pfalz profitiere davon, wenn **gut qualifizierte ausländische Ärztinnen und Ärzte** nach dem Bestehen der Kenntnisprüfung im Land bleiben und den Arztberuf ausüben würden. Die Ärztinnen und Ärzte hätten nach Bestehen der entsprechenden Prüfungen **gute Beschäftigungschancen** in Rheinland-Pfalz und fänden **gute Bedingungen** vor. Im ambulanten Bereich gebe es zudem weitere **Unterstützungs- und Förderprogramme**, letztere insbesondere für die **hausärztliche Versorgung**.

## 7. Ersatzbeschaffung für die Feuerwehrmehrzweckfähre „RPL 7“ mit Standort in Remagen-Kripp

Das Land Rheinland-Pfalz hat sich in einer Verwaltungsvereinbarung am 31. August 2009 gegenüber dem Land Hessen verpflichtet, insgesamt vier rheinland-pfälzische **Hilfeleistungslöschboote entlang des Rheins** zu stationieren, so die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drs. 17/7175).

Derzeit seien drei Hilfeleistungslöschboote als Ersatz für die in die Jahre gekommenen Feuerwehrmehrzweckfähren an den Standorten Germersheim, Bingen und Sankt Goarshausen beauftragt worden. Für eine komplette Ersatzbeschaffung seien allerdings vier Hilfeleistungslöschboote erforderlich. Ein Boot für den Standort Karlsruhe/Germersheim sei bereits **ausgeliefert** worden, zwei Boote (für die Standorte Bingen und Sankt Goarshausen) befänden sich in der **Fertigung**. Für die Beschaffung des vierten rheinland-pfälzischen Hilfeleistungslöschbootes wurden die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen, das Boot sei jedoch **noch nicht beauftragt**.

Für den Fall, dass die Feuerwehrmehrzweckfähre am Standort Remagen die nächste SUK-Überprüfung („Schiffs-TÜV“) nicht überstehen sollte, könne die **Zeit bis zur Auslieferung** des neuen Hilfeleistungslöschbootes **überbrückt** werden. Hierzu könne in Erwägung gezogen werden, dass **Übereinkünfte mit der Stadt Bonn sowie mit Koblenz** getroffen würden, das **Einsatzgebiet** für deren Löschboote vorübergehend **bis Remagen** auszuweiten.

## 8. Aktivitäten der Rockergruppe Osmanen Germania in Rheinland-Pfalz

Bundesinnenminister Horst Seehofer hat am 10. Juli 2018 die rockerähnliche Gruppierung „Osmanen Germania BC“ einschließlich deren Teilorganisationen verboten. Dies führt die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage aus (Drs. 17/7190). Nach den Erkenntnissen des Landeskriminalamtes (LKA) Rheinland-Pfalz seien derzeit elf Personen den **verbotenen Gliederungen des Osmanen Germania Boxclubs (BC)** in Koblenz und

Kaiserslautern zuzuordnen. Die Rockergruppe Osmanen Germania würde derzeit jedoch nicht vom rheinland-pfälzischen **Verfassungsschutz** beobachtet.

Zum sogenannten Chapter Koblenz gehörten nach Erkenntnissen des LKA insgesamt sechs Personen. Diese seien **deutsche und türkische Staatsangehörige**, von denen drei bereits strafrechtlich in Erscheinung getreten seien. Hinweise auf Kontakte zur türkischen Partei AKP und/oder zu türkischen Geheimdiensten lägen nicht vor.

Es würde derzeit kein Mitglied des Osmanen Germania BC als Mehrfach- und Intensivstraftäter geführt. Zwei Personen seien im Besitz einer **Niederlassungserlaubnis**, eine Person habe einen **Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis** gestellt, über den noch nicht entschieden worden sei. Sofern strafrechtliche Verurteilungen erfolgten, würden **ausländerrechtliche Maßnahmen** ergriffen.

## 9. Europäische Kommission legt Gesetzesvorschlag für Ende der Zeitumstellung vor

Im Sommer führte die Europäische Kommission auf Ersuchen des Europäischen Parlaments eine **öffentliche Befragung** zur Abschaffung der Zeitumstellung durch. Dazu gingen 4,6 Millionen Antworten ein; 84 Prozent der Befragten sprachen sich dabei für eine **Abschaffung der Zeitumstellung** aus, heißt es in einer Presseerklärung der Europäischen Kommission vom 14. September 2018.

Im vergangenen Jahrhundert hätten die europäischen Länder Sommerzeitregelungen eingeführt, um Energie zu sparen, insbesondere während der Ölkrise in den 1970er Jahren. In den darauffolgenden Jahren sei die Angleichung der unterschiedlichen nationalen Regelungen für Zeitumstellung untereinander erfolgt; als letztes habe die Schweiz nachgezogen.

Der ursprünglich damit verfolgte Zweck sei im Jahr 2018 jedoch weniger relevant. Studien ließen darauf schließen, dass die **Energieeinsparungen** nur noch geringfügig seien, während sich gleichzeitig die Bürgerinnen und Bürger zunehmend über die **negativen Auswirkungen** auf die Gesundheit beklagten.

Die Europäische Kommission schlägt nun vor, im Jahr 2019 die **jahreszeitlich bedingten Zeitumstellungen** in Europa zu beenden und es den Mitgliedsstaaten zu überlassen, zu entscheiden, ob sie dauerhaft die **Sommer- oder die Winterzeit** anwenden wollen. Am 12. September 2018 erklärte Präsident Juncker in einer Rede, dass die Europäische Kommission einen **Vorschlag** zur Abschaffung der Zeitumstellung vorlegen werde. Die Zeitumstellung **gehöre abgeschafft**, so Jean-Claude Juncker. Die Mitgliedsstaaten sollten **selbst entscheiden**, ob ihre Bürger in Sommer- oder Winterzeit leben sollen. Er erwarte, dass Parlament und Rat dies ebenso sähen und **binnenmarktkonforme Lösungen** fänden.